

APPELL DES BUNDESJUGENDWERKS DER AWO AN DIE BUNDESREGIERUNG ZUM WEHRDIENST-MODERNISIERUNGSGESETZ



Das Bundesjugendwerk der AWO wendet sich mit großer Sorge an die Bundesregierung. Der vorliegende Gesetzesentwurf für ein Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG) bedeutet einen tiefgreifenden Eingriff in die Selbstbestimmung junger Menschen. Unsere Haltung ist eindeutig: Pflichtdienste – ob militärisch oder zivil – sind kein geeigneter Weg, gesellschaftliches Engagement zu fördern. Engagement lebt von Freiwilligkeit, nicht von Zwang. Junge Menschen müssen selbstbestimmt über ihr Leben, ihre Zukunft und ihr Engagement entscheiden können. Jede Form direkter oder indirekter Einflussnahme auf die Entscheidung für oder gegen einen Wehrdienst lehnen wir ab.

Der neue Wehrdienst soll zunächst auf Freiwilligkeit basieren. Doch schon jetzt enthält der Gesetzesentwurf verpflichtende Elemente, die über ein rein freiwilliges System hinausgehen. Gleichzeitig fordern die Union sowie der Bundeskanzler eine Wiedereinführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Der Entwurf legt den Grundstein für eine mögliche zukünftige Dienstpflicht junger Menschen, was wir als Bundesjugendwerk der AWO eindeutig ablehnen.

Besonders kritisch sehen wir die verpflichtende **Bereitschaftserklärung nach §15a WPfIG** und die geplante **Musterungspflicht nach § 17 WPfIG-E** für männliche Wehrpflichtige ab dem Geburtsjahrgang 2008. Beide Maßnahmen sind Formen staatlicher Erfassung, die junge Menschen pauschal unter den Verdacht militärischer Verwendbarkeit stellen. Sie erzeugen Erwartungsdruck, institutionalisieren Verfügbarkeiten und bereiten faktisch Strukturen für spätere Einberufungen vor. Problematisch ist, dass die gesammelten Daten nicht nur für Werbung zum Wehrdienst, sondern auch für eine mögliche Einberufung im Ernstfall genutzt werden sollen, ohne dass junge Menschen die Tragweite ihrer Angaben ausreichend überblicken können. Wer sich dazu entscheidet, verpflichtet sich im Zweifel, sein Leben zu riskieren.

Ebenso kritisch betrachten wir die vorgesehene **Verordnungsermächtigung nach § 2a WPfIG-E**, die eine Einberufung bereits im Frieden ermöglichen würde. Damit würden die hohen verfassungsrechtlichen Hürden, die das Grundgesetz vorsieht, umgangen. Nach Artikel 12a GG darf eine Wehrpflicht oder Einberufung zum Dienst nur im Spannungs- oder Verteidigungsfall erfolgen, also nicht in Friedenszeiten. Die Verordnungsermächtigung schwächt demnach nicht nur Freiheitsrechte, sondern auch das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat. Zudem fokussieren sich das WDMoG und demnach auch die verpflichtende Bereitschaftserklärung ausschließlich auf militärische Einsatzmöglichkeiten und blendet andere Formen gesellschaftlichen Engagements aus. Dadurch wird freiwilliges soziales, ökologisches oder kulturelles Engagement abgewertet. Wir kritisieren dieses Ungleichgewicht zwischen militärischem und zivilem Engagement ausdrücklich. Während die Bundeswehr mit attraktiven Gehältern, kostenfreien Bahnfahrten und hohen Zuschüssen wie für den Führerschein lockt, bleiben Freiwilligendienste chronisch unterfinanziert. Junge Menschen im FSJ oder FÖJ erhalten oft nur ein Taschengeld von maximal 644 Euro pro Monat, während Wehrdienstleistende über 2000 Euro netto zukünftig erhalten sollen. Diese Ungleichheit ist nicht hinnehmbar.

Ebenso problematisch erachten wir die gezielte Ansprache junger Jahrgänge, deren Lebenspläne als weniger wichtig gelten, weil jene Planungen angeblich noch nicht so langfristig seien. Das missachtet die Selbstbestimmung junger Menschen und ihre persönliche Freiheit und Lebensgestaltung. Außerdem ist es fraglich, nur auf diese Altersgruppe zu setzen, da auch die Bundeswehr dringend Fachkräfte braucht.

Hinzu kommt die Frage der Generationengerechtigkeit. Eine Pflicht nach den aktuellen Planungen trifft ausschließlich junge Menschen, während ältere Generationen unberührt

**APPELL DES BUNDESJUGENDWERKS DER AWO
AN DIE BUNDESREGIERUNG ZUM
WEHRDIENST-MODERNISIERUNGSGESETZ**



bleiben. Es ist nicht gerecht, wenn die Last der Herausforderungen unserer Zeit einseitig auf die Schultern der jungen Menschen gelegt wird.

Besorgniserregend ist zudem die Gefahr einer sozialen Schieflage. Besonders junge Menschen aus armutsbetroffenen oder armutsgefährdeten Haushalten könnten durch finanzielle Anreize unter Druck geraten, sich für die Bundeswehr zu entscheiden. Für sie könnte der Dienst an der Waffe als eine Möglichkeit erscheinen, ihre schwierige Lebenssituation zu verbessern, während privilegierte Gruppen über mehr Wahlfreiheit verfügen. Damit läuft die Wehrdienstpolitik Gefahr, bestehende Ungleichheiten nicht zu verringern, sondern sie zu Lasten benachteiligter junger Menschen zu verfestigen.

Wenn die Bundeswehr junge Menschen wirklich als Arbeitnehmer*innen gewinnen will, braucht sie dringend ein sicheres, attraktives und inklusives Arbeitsumfeld insbesondere für FLINTA, queere Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Ohne Schutz vor gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine wirklich freiwillige Entscheidung für den Dienst nicht für alle gewährleistet.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf,

- Die verpflichtende Bereitschaftserklärung und Musterungspflicht zu streichen.
- Die geplante Verordnungsermächtigung zur Einberufung im Frieden zurückzunehmen.
- Einen verbindlichen Rechtsanspruch auf einen Platz im Freiwilligendienst einzuführen, ausgestattet mit fairen Bedingungen, einem Taschengeld orientiert am BAföG-Höchstsatz oder der Mindestausbildungsvergütung und der Möglichkeit freier Fahrt.
- Das bestehende Freiwilligensystem zu durch bessere Betreuung, verlässliche finanzielle Absicherung und echte Anerkennung zu stärken.,
- Soziale Schieflagen zu vermeiden, indem jede Form des Engagements bedarfsgerecht unterstützt wird.
- Verbindliche, frühzeitige und dauerhafte Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen sicherzustellen.
- Eine breite gesellschaftliche Debatte über Wehrpflicht, Frieden und Sicherheit einzuleiten, in der junge Menschen als gleichberechtigte Akteur*innen ernst genommen werden.

Wir, das Bundesjugendwerk der AWO, richten diesen Appell an die Bundesregierung mit der festen Überzeugung, dass gesellschaftliches Engagement auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang beruht. Junge Menschen verdienen Respekt, Selbstbestimmung und echte Wahlmöglichkeiten für ihren Lebensweg. Ein Wehrdienst-Modernisierungsgesetz, das Intransparenz, unzureichende Informationen über alternative Engagementmöglichkeiten und Zwang in den Vordergrund stellt, untergräbt diese Grundprinzipien und schwächt das Vertrauen in demokratische Strukturen. Wir fordern die Bundesregierung eindringlich auf, die Rechte und Freiheiten junger Menschen zu schützen, ihr freiwilliges Engagement zu stärken und die gesellschaftliche Verantwortung generationengerecht zu verteilen. Es ist an der Zeit, die Weichen so zu stellen, dass junge Menschen nicht nur verpflichtet, sondern befähigt werden, sich aktiv und selbstbestimmt für die Gesellschaft einzubringen. Die Zukunft unseres Gemeinwesens hängt davon ab, wie ernst wir die Stimme und die Entscheidungskraft junger Menschen nehmen.